

**Studienbeitragssatzung  
der  
Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf**

**Vom 2. August 2006,  
geändert durch Satzung vom 14. Dezember 2006,  
geändert durch Satzung vom 13. Mai 2008,  
geändert durch Satzung vom 30. Juli 2009**



Aufgrund von Art. 71 Abs. 6 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf folgende Satzung:

## Inhaltsübersicht

- § 1 Erhebung der Beiträge
- § 2 Höhe der Beiträge
- § 3 Beitragspflichtige
- § 4 Fälligkeit der Beiträge
- § 5 Folgen der Nichtzahlung
- § 6 Befreiung von der Beitragspflicht
- § 7 Befreiung für besondere Leistungen
- § 8 Verwendung der Beiträge
- § 9 Überprüfung der Beitragshöhe
- § 10 Inkrafttreten

---

### § 1 Erhebung der Beiträge

Die Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf als Körperschaft des öffentlichen Rechts erhebt erstmals zum Sommersemester 2007 von den Studierenden Studienbeiträge.

### § 2 Höhe der Beiträge

Ab dem Wintersemester 2008/2009 beträgt der Studienbeitrag 465,- € für jedes Semester.

### § 3 Beitragspflichtige

(1) <sup>1</sup>Beitragspflichtig ist jeder Studierende, mit Ausnahme der in Art. 71 Abs. 5 Satz 1 Nrn. 1, 2 und 4 BayHSchG genannten Fälle. <sup>2</sup>Die Beitragspflicht besteht demnach nicht

1. für Semester, in denen die Studierenden für die gesamte Dauer beurlaubt sind (Art. 48 Abs. 2 und 4 BayHSchG)

2. für Semester, in denen überwiegend oder ausschließlich eine für das Studienziel erforderliche berufs- oder ausbildungsbezogene Tätigkeit im Sinne von Art. 56 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG absolviert wird

3. für bis zu sechs Semester, wenn die Immatrikulation zum Zweck einer Promotion erfolgt.

<sup>3</sup>Die Voraussetzungen für die Beitragsfreiheit sind vom Studierenden nachzuweisen.

(2) <sup>1</sup>Die Beitragspflicht besteht auch dann, wenn der Studierende an einer anderen Hochschule beitragspflichtig ist, es sei denn, das Studium

erfolgt aufgrund einer Studien- oder Prüfungsordnung durch gleichzeitige Immatrikulation an mehreren Hochschulen; in diesem Fall ist der Beitrag nur an der Hochschule zu entrichten, bei der der Schwerpunkt des Lehrangebotes liegt. <sup>2</sup>Ist kein Schwerpunkt feststellbar, werden Beitragspflicht und Verteilung der Beiträge von den beteiligten Hochschulen durch Vereinbarung geregelt.

### § 4 Fälligkeit der Beiträge

(1) Die Beitragspflicht entsteht grundsätzlich mit dem Antrag auf Immatrikulation bzw. der Anmeldung zum Weiterstudium (Rückmeldung).

(2) <sup>1</sup>Bei der Immatrikulation und der Rückmeldung ist die Zahlung des Beitrages bis zu dem durch die Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf durch amtliche Bekanntmachung festgesetzten Termin in einer Summe und auf dem angegebenen Zahlungsweg zu leisten. <sup>2</sup>Auf Art. 46 Nr. 5 und 49 Abs. 2 Nr. 4 BayHSchG wird hingewiesen.

(3) <sup>1</sup>Bei Wiederimmatrikulation an der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf ist abweichend von Abs. 2 Satz 1 der Beitrag bereits mit dem Antrag auf Wiederimmatrikulation fällig. <sup>2</sup>Offene Beiträge für frühere Semester müssen bei Antragstellung auf Wiederimmatrikulation beglichen sein.

(4) Der Zahlung zum Fälligkeitstermin gemäß Abs. 1 steht gleich, wenn der Studierende einen verbindlichen Antrag auf ein Studienbeitragsdarlehen im Verfahren nach Art. 71 Abs. 7 Satz 3 BayHSchG stellt und der Beitrag durch den Darlehensgeber wie folgt geleistet wird:

- a) Ersteinschreiber: für das Wintersemester bis zum 15. Dezember, für das Sommersemester bis zum 15. Juni.
- b) Rückmelder: für das Wintersemester bis zum 1. Oktober, für das Sommersemester bis zum 1. April.

(5) Eingehende Zahlungen, die nicht eindeutig zuzuordnen sind, werden jeweils in der Reihenfolge der Fälligkeiten zunächst auf Studienbeiträge, dann auf Verwaltungskostenbeiträge und schließlich auf den Studentenwerksbeitrag verrechnet.

### § 5 Folgen der Nichtzahlung

(1) Die Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf nimmt die Rückmeldung bzw. die Wiederimmatrikulation nur vor, wenn fällige und rück-

ständige Beiträge zum Fälligkeitstermin bezahlt sind (vgl. Art. 46 Nr. 5 BayHSchG).

(2) <sup>1</sup>Die Immatrikulation wird hinsichtlich fristgerechter Zahlung auflösend bedingt vorgenommen. <sup>2</sup>Sie erlischt rückwirkend bei nicht fristgerechter Zahlung.

## § 6

### Befreiung von der Beitragspflicht

(1) Von der Beitragspflicht werden auf Antrag für Zeiträume nach Antragstellung einschließlich des laufenden Semesters befreit:

1. <sup>1</sup>Studierende, die ein Kind pflegen und erziehen, das zu Beginn des jeweiligen Semesters das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder behindert ist. <sup>2</sup>Zum Nachweis hat der Studierende insbesondere einen Auszug aus dem Familienbuch, die Geburtsurkunde des Kindes, die Adoptionsurkunde, Urkunden über die Pflege oder den Feststellungsbescheid vorzulegen.
  2. <sup>1</sup>Studierende, deren nach bürgerlichem Recht Unterhaltsverpflichtete für drei oder mehr Kinder Kindergeld oder vergleichbare Leistungen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union erhalten; dem Kindergeldbezug gleichgestellt ist hierbei die Ableistung eines gemeinnützigen Dienstes durch ein Kind; das Gleiche gilt, wenn eines oder mehrere Kinder das 25., aber noch nicht das 27. Lebensjahr vollendet haben, im Übrigen aber die Voraussetzung des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) erfüllen, oder wenn die Behinderung nach § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 EStG zwischen der Vollendung des 25. und des 27. Lebensjahres eingetreten ist. <sup>2</sup>Zum Nachweis hat der Studierende eine Bescheinigung über den Kindergeldbezug oder die Dienstbescheinigung vorzulegen. <sup>3</sup>Ausländische Studierende haben gleichwertige Urkunden ihrer Heimatbehörden vorzulegen.
  3. Studierende, deren nach Bürgerlichem Recht Unterhaltsverpflichtete einem weiteren Kind unterhaltsverpflichtet sind, das an einer deutschen Hochschule immatrikuliert ist und Studienbeiträge oder Studiengebühren entrichtet; den Studienbeiträgen oder Studiengebühren sind vergleichbare Studienentgelte gleichgestellt, die in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union entrichtet werden.
  4. ausländische Studierende, die im Rahmen von zwischenstaatlichen oder völkerrechtlichen Abkommen, EU-Regelungen oder von Hochschulvereinbarungen, die Abgabefreiheit garantieren, immatrikuliert sind.
5. <sup>1</sup>Studierende, für die die Erhebung eines Studienbeitrages aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalles auch unter Berücksichtigung der Möglichkeit, ein Studienbeitragsdarlehen zu erhalten, eine unzumutbare Härte darstellt. <sup>2</sup>Dies sind insbesondere:
    - a) <sup>1</sup>Schwerbehinderte, deren Grad der Behinderung mindestens 50 v. H. beträgt. <sup>2</sup>Zum Nachweis hat der Studierende den Feststellungsbescheid der zuständigen Behörde vorzulegen. <sup>3</sup>Nicht-EU-Ausländer haben ein Gutachten eines in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassenen Facharztes vorzulegen, aus dem sich Art und Umfang der Behinderung und eine entsprechende Feststellung zum Grad der Behinderung in einem Vomhundertsatz ergeben. <sup>4</sup>In Zweifelsfällen kann die Hochschule die Vorlage eines Gutachtens des Gesundheitsamtes oder eines Vertrauensarztes verlangen.
    - b) Studierende für das auf die letzte Prüfungsleistung einer erfolgreichen Abschlussprüfung folgende Semester, wenn sie in diesem Semester keine weiteren Studienleistungen erbringen.
    - c) Studierende, die innerhalb eines Monats nach Semesterbeginn die Rücknahme der Immatrikulation oder die Exmatrikulation mit sofortiger Wirkung beantragen.
    - d) <sup>1</sup>Studierende, die kein Studienbeitragsdarlehen erhalten können und Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz erhalten. <sup>2</sup>Der Bezug des Wohngeldes ist durch den Bewilligungsbescheid gemäß § 26 Wohngeldgesetz nachzuweisen.
    - e) ausländische Studierende, die im Rahmen einer Doppelimmatrikulation an der FH Weihenstephan immatrikuliert sind und keine Studienleistungen erbringen.
- (2) <sup>1</sup>Befreiungsanträge werden für das laufende Semester nur berücksichtigt, wenn sie bei der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf bis 31. Oktober (für das Wintersemester) bzw. 15. April (für das Sommersemester) eingegangen sind. <sup>2</sup>Tritt der Befreiungsgrund später ein, werden Anträge bis 30. November (für das Wintersemester) bzw. 14. Mai (für das Sommersemester) berücksichtigt. <sup>3</sup>Ein Befreiungsantrag hat hinsichtlich der Zahlungspflicht keine aufschiebende Wirkung.
- (3) <sup>1</sup>Nachweise sind, soweit nichts anderes geregelt ist, vom Studierenden durch öffentliche

Urkunden zu erbringen. <sup>2</sup>Fremdsprachigen Urkunden sind grundsätzlich vollständige Übersetzungen eines amtlich vereidigten Übersetzers beizufügen. <sup>3</sup>Zur Glaubhaftmachung der eine Befreiung nach § 6 Abs. 1 begründenden Tatsachen kann die Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf von den Studierenden die Abgabe einer Versicherung an Eides statt nach Maßgabe des Art. 27 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes verlangen.

(4) Die Befreiung ist zu versagen, wenn die notwendigen Unterlagen nicht mit der Antragstellung bzw. innerhalb einer von der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf gesetzten Frist vorgelegt werden.

(5) Die Studierenden haben der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf Änderungen im Befreiungsgrund, die zu einer Beitragspflicht führen, unverzüglich mitzuteilen.

(6) <sup>1</sup>Im Falle der Beitragsbefreiung werden bezahlte Beiträge zurückerstattet. <sup>2</sup>Eine Erstattung von Zinsen und Kosten, auch wenn sie für ein Studienbeitragsdarlehen angefallen sind, erfolgt nicht.

## § 7

### Befreiung für besondere Leistungen

(1) <sup>1</sup> Von der Beitragspflicht können auf Antrag befreit werden:

1. ausländische Studierende, die vom DAAD ein Stipendium für ein Studium an der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf erhalten, das vom DAAD an die Voraussetzung der Befreiung von Studienbeiträgen gebunden ist, sowie Studierende, die von Begabtenförderungswerken Leistungen erhalten, für die Zeit des Leistungsbezuges oder Studierende, die in die Bayerische Eliteakademie aufgenommen wurden, für die Zeit der Ausbildung dort. § 6 Abs. 2 gilt entsprechend.
2. <sup>1</sup>Studierende, die an der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf als Mitglieder des Senats, des Fakultätsrats, des Sprecherrats oder als Vorsitzende des studentischen Konvents tätig sind, in Höhe der Beiträge, die sie in den Semestern ihrer Amtszeit an der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf entrichtet haben. <sup>2</sup>Der Antrag auf Befreiung ist im Semester, das auf das Ende der Amtszeit folgt, zu stellen.
3. <sup>1</sup>Studierende der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf, die hier in Diplom- und Bachelorstudiengängen mindestens vier Semester und in Masterstudiengängen mindestens zwei

Semester Beiträge bezahlt haben, ihr Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen haben und zu den besten 10 v. H. ihres Prüfungsjahrganges in ihrem Studiengang gehören, bis zum vierfachen Beitrag nach § 2 bei Diplom- und Bachelorstudiengängen und bis zum zweifachen Beitrag nach § 2 bei Masterstudiengängen, soweit die Beiträge hier bezahlt wurden. <sup>2</sup>Dem Antrag ist eine Bestätigung des zuständigen Prüfungsamtes beizulegen, aus der sich neben der Prüfungsgesamtnote ergibt, dass der Antragsteller zu den besten 10 v. H. seines Prüfungsjahrganges gehört und das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen hat. <sup>3</sup>Der Antrag auf Befreiung ist spätestens ein Jahr nach erfolgreicher Abschlussprüfung zu stellen. <sup>4</sup>Der Prüfungsjahrgang nach Satz 2 umfasst jeweils ein Winter- und das darauf folgende Sommersemester.

<sup>2</sup>Die Gesamtzahl der nach Satz 1 von der Beitragspflicht Befreiten darf 10 v. H. der Gesamtzahl der Studierenden der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf in dem Semester, in dem der Antrag gestellt wird, nicht überschreiten. <sup>3</sup>Überschreiten die in einem Semester eingereichten Anträge 10 v. H. der Gesamtzahl der Studierenden entscheidet die Reihenfolge der Antragstellung.

(2) § 6 Abs. 3 bis 6 gelten entsprechend.

## § 8

### Verwendung der Beiträge

(1) Das Beitragsaufkommen wird nach Abführung der Mittel für den Sicherungsfonds gem. Art. 71 Abs. 7 BayHSchG und nach Abzug der Personal-, Raum- und Sachkosten für die Beitragserhebung und -verwaltung zum Zwecke der Verbesserung der Studienbedingungen verwendet.

(2) <sup>1</sup>Die Hochschulleitung legt dem Senat jährlich zu Beginn des Wintersemesters über die Mittelverwendung nach Absatz 1 im vorausgegangenen Kalenderjahr Rechnung.

(3) <sup>1</sup>Die verbleibenden Mittel werden auf die Fakultäten nach Abzug weiterer Mittel in Höhe von bis zu 30 v. H. für zentrale Maßnahmen (z.B. Studienberatung, zentrale Lehr- und Serviceeinrichtungen, technische Hörsaalausstattung, bauliche Maßnahmen), nach der Anzahl der dort im laufenden Semester Studierenden verteilt. <sup>2</sup>Stichtag für die Feststellung der maßgeblichen Studierendenzahlen ist der 15.11. für das Wintersemester und der 30.04. für das Sommersemester. <sup>3</sup>Über die Verwendung und die Höhe der Mittel für zentrale Maßnahmen entscheidet die Hoch-

schulleitung nach paritätischer Beteiligung des Studentischen Sprecherrates einmal jährlich bis 30. April eines jeden Jahres.

(4) <sup>1</sup>Über die fakultätsinterne Verwendung entscheidet einmal jährlich bis 30. April eines jeden Jahres der Dekan oder die Dekanin im Einvernehmen mit dem Studiendekan oder der Studiendekanin. <sup>2</sup>Zu den Beratungen mit dem Studiendekan oder der Studiendekanin zieht der Dekan oder die Dekanin paritätisch die Vertreter der Studierenden im Fakultätsrat hinzu. <sup>3</sup>Der Fakultätsrat ist vor der Entscheidung zu hören. <sup>4</sup>Bei der internen Mittelverteilung sind die gesetzlichen Zweckbindungen und die Zielvorgaben der Hochschulleitung zu berücksichtigen.

(5) Die Fakultäten legen der Hochschulleitung und dem studentischen Konvent jährlich zu Beginn des Wintersemesters über die Mittelverwendung im vorausgegangenen Kalenderjahr Rechnung.

## **§ 9**

### **Überprüfung der Beitragshöhe**

Die Höhe des Beitrags nach § 2 wird im Abstand von 3 Jahren - erstmals im Jahr 2010 - überprüft und in angemessener Weise an den Bedarf angepasst.

## **§ 10**

### **Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Diese Satzung trat am 1. Oktober 2006 in Kraft. <sup>2</sup>Die 3. Änderungssatzung tritt zum 15. Juli 2009 in Kraft. <sup>3</sup>Abweichend von Satz 2 treten die Änderungen in § 6 Abs. 1 am 01. Oktober 2009 in Kraft.